

Erstausgabe in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 Mk. 60 Pf. pro
Quartal.
Wannsch-Abonnements
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 4. Monat, und auf den
3. Monat des Jahres ausgeworfen; im
Rheinl. Saal und Herzogth. Sachsen-
Weimarburg und auf den 3ten Monat
bei Quartals 4 54 Pf.
Inserate
betr. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und Hebe pr.
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
New York: E. J. Conroy, 154 E. 10th St.
Philadelphia: H. D. 800 North
2nd Street
J. S. 118 Charlotte St.
Boston: N. J. 7. A. 207, 215 Wash-
ington St.
Chicago: W. Barstow, 8, 74 Clybourn
San Francisco: S. 8th, 418 O'Farrell St.
London: W. 4. 8, 8 New Str.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 54.

Mittwoch, 9. Mai.

1877.

Pfui über solches Gefindel!

Mit obigen Worten schließt unser Berliner Parteiorgan eine Notiz, die folgende Thatfachen enthält:

„In der ‚Boschischen Zeitung‘ stand eine Annonce des Inhalts, daß eine arme Wittve, die eine brustkranke Tochter hat, besser situierte Leute ersuchte, ihr, da sie gänzlich erwerbslos sei, 25 Thaler zur Anlegung eines Kleinhandels zu leihen. Es stellte sich auch schon am Donnerstag ein fein gekleideter Herr ein, der sich die Wohnung und die Verhältnisse der Hilfe suchenden Frau lie ansehen und nöthigenfalls auch helfen wollte. Die Frau war eben auf einem Auszug begriffen, und ihre Tochter hatte für kurze Zeit das Bett verlassen. Die Tochter ersuchte den Herrn, sich einige Minuten zu sehen, da die Mutter sehr bald zurückkommen müsse. Dem Herrn schien jedoch am Zurückkehren der Letzteren wenig gelegen zu sein, er hing vielmehr an, mit der Tochter zu unterhandeln. Diese Unterhandlung war allerdings für das kranke Mädchen sehr peinlich, denn jener feine Herr redete von ‚gewissen‘ Bedingungen, unter denen er helfen wollte, und verließ sich nach mehrfach wiederholter sehr dringender Aufforderung, sich zu entfernen, die Wohnung, jedoch nicht, ohne noch an der Thür einige höchst anstößige Bemerkungen gethan zu haben. Am Freitag hatte die Wittve kaum wieder die Wohnung verlassen, um etwas zu essen für sich und ihre Tochter zu beschaffen, als auch schon ein zweiter Herr, fein geschneidert und gebügelt erschien. Derselbe fragte zunächst das überaus leidend aussehende Mädchen, was ihm fehle. Nach erhaltener Antwort erbot er sich, dasselbe auf seine Kosten kuriren zu lassen, unterließ jedoch dabei nicht, sich ihr wiederum in nicht mißzuverstehender Weise aufdringlich zu machen. Auch hier gelang es der entrüsteten Proletarier-Tochter, den frechen Gast aus der Wohnung zu entfernen. Endlich am Sonnabend kam ein dritter alter, sehr ehrbar aussehender, ebenfalls eleganter Herr, sah sich in der Wohnung um und sagte zu der Mutter des Mädchens: ‚Ja, liebe Frau, Ihnen werde ich die gewünschten 25 Thaler geben, Ihre Tochter werde ich mir kuriren lassen, die nehme ich aber mit auf mein Gut in die frische Luft, da soll sie es, wenn sie artig ist, recht gut haben. Die alte Frau hatte jedoch in diesem Augenblick in der Ecke stehenden Besen ergriffen, was der ‚Menschenfreund‘ nicht freundlich aufzufassen schien, indem er sich eiligst entfernte.“

Pfui über solches Gefindel!

Der Abgeordnete Most hat in einer Reichstagsrede kürzlich gesagt, daß die sozialistische Presse nicht ‚schimpft‘; die liberalen Blätter aber, welche obigen Entrüstungsandruf hören, rufen triumphirend aus: ‚Die sozialistische Presse schimpft nicht — „Pfui!“ und „Gefindel!“ sind wohl keine Schimpfwörter?‘ Und mit diesem Rufe glaubt sie die Most'schen Worte abgethan zu haben. Ganz abgesehen davon, daß es lächerlich ist, das Kind nicht bei dem rechten Namen zu nennen, daß ein Entrüstungsandruf noch lange kein Schimpfwort ist, ganz abgesehen davon, bewirkt die liberale Presse dadurch, daß sie sich über das „Schimpfen“ der Sozialisten bei solchen Vorkommnissen aufhält, daß die Aufmerksamkeit der Leser von den Thatfachen und von dem „Gefindel“ abgelenkt wird und sich den bösen Sozialisten zuwendet.

Wenn irgend eine Schandthat in der heutigen Gesellschaft verübt wird und wir stellen die handelnden Personen an den Pranger — sofort fällt die liberale Presse über uns her und sucht dadurch die Schandthat selbst und ihre Verübler zu bedecken. Und leider gelingt ihr dies allzuhäufig. Das Urtheil der Sozialisten, die von der herrschenden Presse als Raubmörder und Banditen hingestellt werden, kann ja nicht maßgebend sein, so kallblütig der biedere Spießbürger und er empfindet vielleicht sogar noch Mitleiden mit dem „Gefindel“, welches sich die Krankheit eines hübschen Mädchens zu Ruhe machen wollte, aus seiner Welt der Fröhen zu fröhnen, Mitleid deshalb, weil die Verächter der „Heiligkeit der Ehe“, die verruchten Sozialdemokraten sich nicht scheuen, das richtige Wort für solches menschen-schändliche Beginnen anzuwenden.

Die corrupte Presse trägt in solcher Weise die Corruption in die weitesten Kreise der Gesellschaft. — Und selbst im Reichstage tritt uns eine ähnliche Erscheinung entgegen. Sobald die Sozialisten die gedrückte Lage der Unterbeamten schildern und Abhilfe fordern, springt irgend ein Mitglied der Majorität auf und erklärt, daß dadurch, daß die Sozialdemokraten solche Forderungen stellten, der Reichstag sowohl wie die Reichsregierung in die Lage gebracht würden, den nothleidenden Unterbeamten keine Hilfe zu bringen.

Wir nennen in der Presse das Kind bei dem rechten Namen — „Gefindel“; wir fordern im Reichstage in eindringlicher Weise das Recht für nothleidende Beamte — „Gefindel“; wir treten der Corruption in unverblümter Weise entgegen, so daß alle edel denkenden Menschen unsere Absichten billigen, und doch tönt es aus den Reihen der „verdunkelten“ Stimmsführer unserer Gegner fortwährend heraus: „Gefindel!“

Nun denn, in „dreißigtausend Teufels Namen“, wenn das Gefindel ist, so wollen wir schimpfen! — Im Uebrigen müssen wir in Bezug auf obige Notiz noch bemerken, daß durch die herrschende Presse, ferner durch die niederliche Romanliteratur die Moralität in weiten Kreisen der Gesellschaft leider schon derart untergraben worden ist, daß kaum verstanden wird.

Für Geld kann man Alles haben, man kann sogar „den Teufel tanzen sehen“, weshalb soll man sich da entrüsten, wenn einige gemeine Burschen für Geld ein krankes unschuldiges Proletarierkind heilen lassen wollen, um nachher ihrer Wollust

zu fröhnen? Weshalb soll man sich wundern oder gar darüber lamentiren, wenn ein „hervorragender Volksmann“ statt einer Frau deren vier hat — er hatte ja Geld und wäre ihm dieses nicht ausgegangen, es hätte kein Hahn und kein Huhn nach den vier Frauen gekräht; daß ihm das Geld ausging, das war unmoralisch, nicht daß er vier Frauen hatte. Und so lange der bekannte Leitartikler des „Organs für Jedermann“ durch seinen Chef in leidlichen Vermögensverhältnissen gehalten werden konnte, genirten ihn die überzähligen sieben lebendigen Leitartikel gar nicht, aber als das leidige Geld ausging, da trat auch die lebendige Leitartiklerhand zu Tage.

Doch was noch weiter über etwas zu reden, was sonnenklar ist, — „Geld regiert die Welt“, für Geld kann man sogar kranke Proletarierkinder haben — welcher Sinneshiel! Daß in beregtem Falle die Moralität und der Besenstiel siegen, dies gereicht der Proletarierfrau und dem Proletariermädchen ganz gewiß zur Ehre; wir aber müssen mit Energie weiterarbeiten, daß solche Siege nicht mehr erfochten zu werden brauchen, daß solche Verurtheilungen nicht mehr an die Menschen herantreten können, ja wir müssen es bald soweit bringen, daß unter dem Einfluß des Sozialismus Jedermann den Muth hat, das Kind bei dem richtigen Namen zu nennen: „Pfui, über solches Gefindel!“

Sozialpolitische Uebersicht.

— In Berlin circuliren die beunruhigendsten Gerüchte. Man glaubt allgemein an eine baldige Robilmachung. Der Reichstag sei bloß deshalb so rasch heimgeschickt worden, um sich unangenehme Fragen, die doch nicht ausgeblieben wären, vom Halse zu schaffen. Gewiß scheint, daß die „militärischen Ausgleichsmaßregeln“, von denen Molke gesprochen, bereits im Vollzuge sind, und daß, während die Ölgrenze, so weit nicht die Lage Polens Ueberwachung erheischt, von Truppen entblößt wird, nach der Westgrenze zu dagegen entsprechende „Dislokationen“ (Truppenverlegungen) stattfinden. Natürlich ist das kein Krieg, aber, wie einer unserer Abgeordneten neulich in einer Berliner Wählerversammlung sagte, so fangen alle Kriege an. Von Truppenzusammenschreibungen an der östreichischen Grenze verlautet noch nichts. Man zweifelt aber nicht, daß sollte Oesterreich sich bekommen lassen, dem russischen Nord-Kulturkampf in den Weg treten zu wollen, das deutsche Reich im Namen der „Neutralität“ Halt zurufen würde. „Rusland hat uns 1870/71 den Rücken gekehrt; jetzt ist an uns die Reihe, Rusland den Rücken zu decken; wir sind moralisch dazu verpflichtet“ — ist eine häufig gehörte Redensart, die einem von oben ausgegebenen Stichwort ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern, und uns den Weg aus dem lokalisirten in den allgemeinen europäischen Krieg zeigt.

— Ein bezeichnender Polizeibericht. Das Polizeipräsidium von Berlin hat eine statistische Zusammenstellung der im Jahre 1875 ausgeübten Thätigkeit herausgegeben. Darnach betrug die Zahl der in's Polizeigewahrsam eingelieferten Personen 23,588, nämlich 11,823 Männer, 11,648 Frauen und 117 Kinder, und zwar 1560 Männer, 70 Frauen und 8 Kinder wegen Betrugs, 10,944 Frauen und 6 Kinder wegen Unsitlichkeit, 8 Männer und 2 Frauen wegen verübten Selbstmordes, 6744 Männer, 209 Frauen und 97 Kinder wegen Obdachlosigkeit, 341 Männer, 73 Frauen wegen Trunkenheit, 8 Mannen wegen unerlaubten Handelns, 501 Männer, 31 Frauen wegen Auslaufs und Straßenunruhs, 28 Männer, 10 Frauen wegen Gefesseltwerts, 78 Männer und 1 Frau wegen Widergesetzlichkeit gegen Beamte und 263 Männer, 27 Frauen auf dem Durchtransport. Zur Isolirhaft wurden wegen der verschiedensten Verbrechen und Vergehen 4954 Personen, nämlich 4313 Männer, 613 Frauen und 28 Kinder gebracht. Die Zahl der unter Polizeiaufsicht stehenden Personen beläuft sich auf 1361. Wie wenig die Zahl der Verbrechen und Vergehen, deren Thäter ergriffen sind, die vorgekommenen Fälle erschöpft, ergibt sich daraus, daß nach den Revier-Anzeigen in 6086 Fällen der Thäter nicht ermittelt worden ist. Es befanden sich hierunter 20 Bauernfängereien, 15 Hazardspiele, die übrigen waren Diebstähle. Beim Leichen-Commissariat des königlichen Polizei-Präsidiums wurden 2206 Unfälle und ähnliche Vorkommnisse angezeigt, darunter 800 mit tödtlichem Ausgange. Am zahlreichsten sind vertreten die inneren und äußeren Verletzungen mit 174 Fällen, dazu kommen 96 Erhängte, 78 durch Kohlendunst Gefordene, 62 Getränke, 46 aufgefundenene Leichen neugeborener Kinder, 44 Bergstürze, 37 an Schußwunden Verstorbene u. Unter sittenpolizeilicher Controle standen am Schlusse des Jahres 2241 Personen; die Zahl der beaufsichtigten Frauenzimmer hat sich hiernach im Laufe des Jahres um 14 1/2 pCt. vermehrt, während die Bevölkerung Berlins um 3 1/2 pCt. zugenommen hat. Sifirt wurden im Ganzen 16,587 Frauenzimmer, von denen im Wege administrativer Exekution 5854 zum Gefängniß gebracht wurden. — Diese nackten Zahlen sind gewaltige Anklägerinnen gegen die heutige sogenannte Weltordnung, sie stempeln dieselbe zu einer Weltanordnung, an welche die bessere Hand schleunigst gelegt werden muß, wenn nicht die Verheerung darüber zu Grunde gehen soll.

— Man schreibt uns aus Berlin: „Gott behüte mich vor meinen Freunden“, hat gewiß die „beurlaubte“ Sphing — falls sie in der Lage ist, Zeitungen zu lesen — in letzter Zeit manchmal innerlich ausgerufen. Bismarck hat in der That schändliche Freundschaft, und der schredlichste der Schredlichen ist natürlich das Schredenskind Hans Blum — derselbe, der auch seinem Patron die Geschichte mit der berühmten Emser De-

peche eingebracht hat. Sein jetziger Geniestreich ist aber noch viel compromittirender. Er hat nämlich in den „Grenzboten“ über den reichskanzlerischen Urtheil einen Ständartikler veröffentlicht, der an schlechtem Geschmack und — Taktlosigkeit Alles übertrifft, was bisher auf diesem Gebiete geleistet worden ist. Die „Reichsglocke“ war nichts dagegen. Eine Sammlung des widerlichsten Klatsch über den Hof und eine „hohe Frau“, welche als der Mittelpunkt aller „Intrigen“ gegen den „genialen“ Mann hingestellt wird. Und zwar gerirt der Anfertiger dieser Klatsch- und Schmutzsammlung sich derartig, daß in dem Vesper der Glaube erweckt werden kann, der Mann handle im Auftrag des Fürsten Reichskanzlers. Das ist die colossale Dummheit des Nachwerks, und die Segner des „großen Staatsmanns“ versehen nicht, sie auszubeten. Es sollte mich nicht wundern, wenn die bisher landesüblichen Biemarkbeleidigungen ein unerwartetes Gegenstück finden, oder richtiger: einmal umgekehrt werden sollten. So viel steht fest, der Bär, welcher seinem Herrn die Fliege abwehren wollte und ihm den Schädel zerhackete, hat in unserem Hans einen gelehrigen Nachahmer gefunden.“

— Die Fortschrittler von Berlin wünschen, und sie sollen auch schon dieshalb petitionirt haben, daß die Nachwahlen im 6. und 5. Wahlkreise bis zum Herbst hinausgeschoben werden, wahrscheinlich, damit inzwischen über die Affaire Dunder Gras wachse. Der § 34 des Wahlreglements aber heißt: „Im Falle der Ablehnung oder wenn der Reichstag die Wahl für ungültig erklärt, hat die zuständige Behörde sofort eine neue Wahl zu veranlassen.“ Im § 31 heißt es, daß bei engeren Wahlen die Wahlbezirke, Wahllokale und Wahlvorstände unverändert bleiben; bei Nachwahlen kommt dieser Paragraph auch in Betracht, nur mit der Maßgabe, daß bei den Bekanntmachungen die in § 8 vorgeschriebene achtstägige Frist innezuhalten, deren Innehaltung bei engeren Wahlen nicht erforderlich ist. — Die zuständige Behörde ist die Regierung zu Potsdam; wir wollen nun abwarten, ob dieselbe dem Befehl gemäß oder der Fortschrittspartei und dem Herrn Dunder zu Liebe ihre Anordnung treffen wird.

— Herr Schmidt. Von glaubwürdiger Seite wird uns mitgeteilt, daß die interessante Persönlichkeit, welche den lang-gesuchten Postagenten in der Konti-Affaire ausfindig gemacht hat, ein Postbeamter ist, der auf den Namen Schmidt hört, und ein Sohn des Casseler Postmeisters gleichen Namens und Faktotum bei Herrn Stephan sein soll. Es ist nicht das erste Mal, daß der Name Schmidt bei derlei Gelegenheiten auftaucht.

— Vom Schutzlosen Schutzmann. In der Fuchler Haide (Westpreußen) hat vor einigen Tagen der als Fuchschuhgehilfe fungierende Amtsdieners und Rührer Krzeminski einen zehnjährigen Knaben erschossen. Er betraf denselben beim Eingammeln von Raff- und Leleholz. Als der Knabe die Flucht ergriff, rief er ihm nach: „Bleib stehen oder ich schieße!“ und schloß, als der Junge der Aufforderung keine Folge leistete, wirklich. Sechszehn Schrotkörner drangen dem Betroffenen in den Unterleib, und nach drei Tagen war er todt. — Der arme schulploze Schutzgehilfe!

— In dem von uns schon erwähnten Ministerbeleidigungsprozedesse gegen die Herren Ed. Sad und Ludwig Pfau ver-zündete das Appellationsgericht in Frankfurt a. M. am 4. Mai das Urtheil. Herr Sad, welchen die erste Instanz in diesem Falle vollständig freigesprochen, jedoch wegen eines auf die Wis-marschen Correspondenzen durch die Reichsglocke u. bezüglichen Berliner Correspondenz-Artikels zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt hatte, wurde im Ganzen zu vier Monaten, Herr Ludwig Pfau, der in erster Instanz mit 100 Mkr. Geldbusse bedingt worden war, zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Eine würdige Demonstration der französischen Jugend. Der reaktionäre Professor St. René-Tailandier hielt in Paris vor kurzem Vorlesungen „über die Redner und Schriftsteller der französischen Revolution“. Die Vorlesungen waren ungemein beachtet; die „Kölnische Zeitung“ läßt sich, natürlich von einem reaktionären Literaten, darüber Folgendes schreiben: „In der letzten Vorlesung hatte St. René-Tailandier ange-sprochen, über Kobespierre und Danton zu sprechen, und nach einer Charakteristik derselben bemerkte er, daß er mit diesen Männern der Schredenszeit beginne, die beklagenswerthe Zeit, die „das Herz des Franzosen mit Trauer und Scham erfülle“, weil sie die große und segensreiche französische Revolution „mit Schande bedecke“ und die große That dieser politischen Reform-ation im Auslande, wo man ungerechter Weise „die Verbrechen der zweiten Periode“ von den Verdiensten der ersten nicht immer trenne, in Mißachtung gebracht habe. Er nannte jene Männer — und damit schloß er die Vorlesung. — „Abtrünnige von den Prinzipien der großen französischen Revolution“ und Renegaten des Jahres 1789. Wie immer zum Schluß wurde Beifall ge-läuscht, und als zwei junge Leute ein Rischen vernehmen ließen, erfolgte ein sehr kräftiger und unendlich lange anhaltender Beifall. Dies sollte aber eine bedeutende Demonstration hervorrufen. Als ich am 1. Mai vor 1 Uhr (die Vorlesung beginnt um 1 1/2 Uhr) in den Saal trat, bewies mir der erste Blick, daß das Publikum zum größten Theil ein anderes als das gewöhnliche war. Einige Ihrer Leser wissen vielleicht nicht, daß die öffent-lichen und unentgeltlichen Vorlesungen von allgemeinerem In-teresse sowohl an der Sorbonne wie am Collège de France mehr von Damen jeden Alters und alten, zum Theil sehr habilitire-lichen Herren (darunter Habitués, die fast in keiner Vorlesung

fehlen) besucht werden, als von jungen Studierenden. Diesmal aber überwog die männliche Jugend, sie stürmte die Treppen hinauf, drängte sich unter großem Lärm zusammen, und auf vielen Gesichtern zeigte sich die Erwartung dessen, was erfolgen sollte. Zeichen und Rufe wurden von einer Seite des Saales zur andern ausgetauscht, und es war klar, daß Alles bestens organisiert war. Als der Professor erschien, begann der dem Ratheder zunächst befindliche Theil der Versammlung (Damen, alte Herren und einige Studenten, die wahrscheinlich in Vorausicht der Kundgebung zuerst Platz genommen hatten) ein lebhaftes und energisches Beifallgeklatsch, welches anfänglich das Pfeifen und Schreien der Tumultuanten überdünnte, aber nach einigen Minuten erlahmte und von den gellenden Tönen der Pfeifer und des Geheul's überboten wurde. Letztere ermatteten nicht, und es blieb dem Professor schließlich nichts anderes übrig, als den Saal zu verlassen unter dem Bedauern derjenigen, die gekommen waren, die Fortsetzung eines außerordentlich interessanten Vortrags zu hören, und die natürlich beklagen, daß der Hörsaal eines so bedeutenden Gelehrten zum Schauplatz einer unwürdigen Demonstration geworden. — So der reaktionäre Correspondent der „Kölnischen Zeitung“. Wir halten die Demonstration der Jugend gegen die Demimonde und die Habitués für eine sehr würdige — jedenfalls hatte sich der kleine Professor den großen Revolutionär Marat in der zweiten Vorlesung auf's Korn genommen, um ihn mit Schmutz zu bewerfen, woran er von der vernünftigeren Jugend gehindert wurde.

— „Vom Kriegsschauplatz nichts Neues“ — so mag wohl die Parodie der bekannten Pöblich'schen Reibung: „Vor Paris nichts Neues“ von jetzt an oft genug in den Berichten der Generalstabschefs der russischen und der türkischen Donauarmee lauten, wenn die Herren nicht vorziehen, einige kleine Lügen auch ihren gekrönten Vorgesetzten aufzutischen. Gegenwärtig steht nur das Eine fest, daß die Türken in ihrer fatalistischen Ansehung die Russen an ihrem Vormarsch nicht mit genügender Kraft gehindert haben. Alle wichtigen Stellungen auf dem linken (rumänischen) Ufer, welche die Türken leicht hätten besetzen können, sind ohne Schwertstreich in die Hände der Russen gefallen. Vielleicht rafften die Türken sich auf, wenn es den Kampf unter der grünen Fahne des Propheten um den heimischen Heerd gilt.

— Zu Bahlteich's Verurtheilung schreibt die „Chemnitzer Freie Presse“: Ueber die in Wittweida stattgehabte Gerichtsverhandlung wider Bahlteich können wir einen Bericht nicht geben, da die Prozedur geheim war. Wir bemerken nur für die Fernerstehenden, daß die Anklage auf eine Rede erfolgt ist, welche Bahlteich am 14. August 1876 im Clysium zu Chemnitz in Folge der Verurtheilung Savoe's zu drei Jahren Gefängniß gehalten hatte. B. wurde, nachdem von Dresden aus Anweisung zur Verfolgung gegeben war, von der hiesigen Staatsanwaltschaft „fistirt“ und vernommen. Es war angeordnet, daß derselbe in Haft zu nehmen sei, sofern sich aus seiner Vernehmung ergeben sollte, daß Collusionen, d. h. Verabredungen mit etwaigen Entlastungszeugen, zu befürchten seien. Dieser Fall trat nicht ein, da die angeklagten Worte im Polizeibericht richtig wiedergegeben waren und Bahlteich gar kein Bedenken trug, sich voll und ganz zu dem von ihm Gelegenen zu bekennen. Man mag hieraus schon den Grad der „Gefährlichkeit“ der angeklagten Worte erkennen. Die Untersuchung wurde durch die Reichstagsession unterbrochen und dann für den 28. d. Hauptverhandlung angelegt. Die Staatsanwaltschaft beantragte Geheimhaltung der Sitzung und dieselbe wurde „im Interesse des Staats“ vom Gericht beschloffen. Die Richter und Schöffen waren ohne Ausnahme Gegner der Sozialdemokratie, darunter zwei, welche bei den politischen Kämpfen in persönliche Reibung mit Bahlteich und anderen Parteigenossen gekommen waren. Der Gerichtshof sollte zuerst zusammengesetzt sein aus folgenden Richtern und Schöffen: Gerichtsdirektor Dr. Schilling, Ger. R. Grohmann, Ger. R. Reichenbach, Gemeindevorstand Seidel in Königshain, Mühlenbesitzer Engelmann in Liebenhain, Mühlenbesitzer Engelmann in Liebenhain, Kaufmann Hobusch und Oekonom Donner in Wittweida. Es waren aber zwei der Herren abgehalten; für einen der Gerichtsräthe trat ein junger Gerichtsbeamteter, für einen der Schöffen der Oberlehrer Hilpert ein. Bahlteich hatte die Vernehmung von drei Reugen beantragt, das Gericht aber entschieden, daß es der Reugenvernehmung gar nicht bedürfe, und so erfolgte denn die Verurtheilung zu 1 1/2 Jahr Gefängniß wegen Majestäts- und Richterbeleidigung lediglich auf Grund der Aussagen des Angeklagten und des Polizeiprotokolls. Wir werden selbstverständlich auf diesen Prozeß noch näher zurückkommen, wenn nicht

Zur Völkerverbrüderung.

Vor wenigen Monaten hatten ungarische Studenten eine Deputation nach Konstantinopel geschickt, um den türkischen Studenten ihre Sympathie auszudrücken. Jetzt, kurz nach der russischen Kriegserklärung, sind türkische Studenten in der Hauptstadt Ungarns angelangt, um den Besuch zu erwidern. Ueber die Tragweite dieses Ereignisses äußert sich die Wiener „Neue Freie Presse“ in einem längeren Artikel folgendermaßen:

Aus der Hauptstadt Ungarns kommen fortgesetzt Berichte über hitzige Aeußerungen des Enthusiasmus und der Sympathie, welche der seit Sonntag in Pest weilenden Sofia-Deputation gelten. Ihre Reife war begleitet von Jubelrufen, ihr Einzug in Pest von einer Demonstration, die großartig genannt zu werden verdient, wie jede Kundgebung, die spontan vom Volke ausgeht und in welcher ungezählte Massen eines freien Volkes ihre Meinung und Gefühle aussprechen. Die Municipalvertretung der Hauptstadt, das Parlament, die akademische Jugend, die Comitats, die Deputationen der Provinzialstädte wetteifern in lauten Ovationen für die türkischen Gäste. Es ist die „Hingebung der Entrüstung“, welche da zum Ausdruck gelangt und den mit russischen Waffen Bekämpften moralischen Lohn und Ersatz bieten soll. Die gemeinsame Regierung verhinderte den Abgesandten des Sultans, die „Corvina“ an Ort und Stelle zu übergeben; die ungarische Regierung war besorgt, die Schätze des Schriftthums einer längst entschiedenen Zeit nur von einem Beamten empfangen zu lassen; Graf Andrássy ging sogar so weit, durch den türkischen Consul an die Pforte die Bitte zu richten, sie möchte den Studierenden und ihren Lehrern den Auszug nach Pest verbieten. Aber die Pforte beehrte den österreichisch-ungarischen Minister von parlamentarischer Herkunft, der einstmalen den Türken Reformen beibringen zu müssen wähnte, daß es nicht wohl angehe, feindseligen Bürgern das Reisen zu untersagen, und so sehen wir die Sofia-Deputation in Pest, umjubelt von den Repräsentanten Ungarns.

Altfluge Cisleithanier, genährt von der offiziellen Milch der frommen Denkart, mögen über die Demonstrationen zu Pest spotten. Sie mögen es immerhin sonderbar finden, daß sich Christen und Mahomedaner Vertreter abendländischer und mor-

früher, so doch nach vollständigem Abschluß desselben. Als Rechtsmittel stehen dem Angeklagten noch die Richtigkeitsbeschwerde und die Appellation offen, welche beide vom Oberappellationsgericht in Dresden entschieden werden.

— Eine alte Lüge. Die Wochenschrift „Neue Zeit“, welche bei Besprechung der neuesten Gedichte Herwegh's die längst als infame Verleumdung gebrandmarkt „Sprigledergeschichte“ aufzuwärmen den traurigen Muth gehabt hatte, bringt in ihrer letzten Nummer (19) folgende „Berichtigung“:

Nach § 11 des deutschen Preßgesetzes ersuche ich Sie um Aufnahme folgender tatsächlichen Berichtigung: In einem mit B. unterzeichneten Artikel der Nr. 11 Ihrer Wochenschrift, ausgegeben am 8. März 1877, über meines verstorbenen Mannes, Georg Herwegh, „Neue Gedichte“ heißt es: — „und vor allem — sie (nämlich die Gedichte), radotiren, als ob es ihrem Verfasser Herzenssache gewesen wäre, das Sprigleder von Schopenhaim nicht in Vergessenheit gerathen zu lassen.“ Der Verfasser spielt mit diesen Worten auf die verschiedentlich aufgestellte Behauptung, als ob sich Herwegh in dem sogenannten badischen Feldzuge von 1848 nach dem Gefecht bei Dossenbach, unter dem Sprigleder eines Wagens verborgen, aus dem Staube gemacht hätte, wie auf eine Thatfache an. Obgleich schon wiederholt zu Herwegh's Lebzeiten nachgewiesen wurde, daß die ganze Geschichte vollständig erfunden ist, namentlich auch von drei Augenzeugen, nämlich von mir selbst in „Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris. Von einer Hochverräterin. Grünberg 1849. Verlag von W. Leypsohn“, von Hrn. v. Corvin in „Aus dem Leben eines Vorkämpfers. Erinnerungen 1862—64“ und von Professor Krebs in einem Artikel der „Frankfurter Zeitung“ vom Februar 1875, so sehe ich mich als Wittwe des Angegriffenen veranlaßt, nochmals zu erklären, daß Herwegh nirgends und zu keiner Zeit in der angegebenen oder in einer andern Weise seine mitkämpfenden Kameraden im Stich gelassen, daß insbesondere nach dem unglücklichen Ausgang des Dossenbacher Gefechtes er einer der Letzten war, der — und zwar zu Fuß — sich nach Rheinfelden auf Schweizer Boden rettete, was ihm nur dadurch gelang, daß er, als Bauerabursche verkleidet, einen Tag lang in Banzenbach auf dem Felde arbeitete und auf diese Weise den verfolgenden Soldaten entging. Stuttgart, den 17. April 1877.

Emma Herwegh.

n Berlin, 3. Mai.

Seit 10 Uhr „sitzt“ der Reichstag, das heißt er sitzt in Gestalt von etwa 40—50 Reichsboten, flannirt, plaudert und kneipt in Gestalt von etwa 90, und schwängt in Gestalt von etwa 250 Volksvertretern. Die ersten 14 Punkte der Tagesordnung sind wesentlich formeller Natur — meist dritte Lesungen von Gesetzen (darunter Patengesetz, Osterliches Nothgesetz, Deder'sches Grundstück, Elsaß-Lothringen etc.), aber die bereits Alles und mehr gesagt ist, als darüber gesagt werden konnte und an denen mit einer einzigen Ausnahme nur sehr wenige Punkte noch zu kurzen, schwächlichen Ausstellungen — von Debatten zu reden, wäre ein Mißbrauch des Wortes — Veranlassung geben können. Die einzige Ausnahme ist die Gesetzesvorlage über das Deder'sche Grundstück, die zu heftigem Aufeinanderplagen der Meinungen führt. Die Nationalliberalen winden und drehen sich wie Würmer, um das ferocite Botum, welches sie abgeben wollen, zu beschönigen. Schorlemer-Alff verlegt ihnen grausam den Weg zu einem anständigen Rückzug, indem er feststellt, daß alle Voraussetzungen, an die sie bei der 1. und 2. Lesung ihre definitive Zustimmung geknüpft (beruhigende Versicherungen in Bezug auf künftige Verwendung des Deder'schen Grundstücks), unerfüllt geblieben seien. Half selbstverständlich nichts. Der Appell an den politischen point d'honneur (Ghrenpunkt) findet kein Echo in nationalliberaler Brust — läßt sich das bekannte Bismarck'sche Wort (beifällig die Copie eines schlechten französischen Originals) realpolitisch modificiren. Recht scharf geht es bei den „persönlichen Bemerkungen“ her — sozialdemokratischem Mund entspringen, während sie vielleicht einen (Theater-) Witz des parlamentarischen (Theater-) Donnergottes angezogen und die Auszeichnung eines Ordnungsrufes erlangt haben. Es kommt schließlich zur namentlichen Abstimmung, die 138 Stimmen für, 90 gegen das Gesetz ergibt. Alle in Berlin und Umgegend befindlichen Abgeordneten waren telegraphisch herbeigerufen worden, so daß für die Dauer der Abstimmung das Haus die beschlußfähige Zahl hatte.

Der Bericht des Dr. Thilenius über die Petitionen gegen den Zwangszwang veranlaßt den Zwangszwanger Reichensperger (Grefeld) die Verweisung der Petitionen an den Reichskanzler

zu beantragen. Die Rede Reichenspergers bringt in glänzender Weise sein eminentes schauspielerisches Talent zur Erscheinung und Geltung. Die Mimik des alten Rauges — die unnachahmlichen Kopf- und Handbewegungen, das wunderbare Gesichterschneiden und Augenverdrehen, die klassischen Handbewegungen — sind von wahrhaft unwiderstehlicher Wirkung; und obgleich er sich, wider seine Gewohnheit, besleißigt — und mit Erfolg — möglichst langweilig und trivial zu reden, erzielt er stürmischen Beifall. Wäre ich Barnum, ich böte dem Mann für Vorstellungen in der niederen Komik 100,000 Dollars und machte ein gutes Geschäft dabei. Schade, daß der seinen Beruf verfehlt hat.

Nach Reichensperger sprach Most, der Berücksichtigung der von ihm eingereichten Petitionen gegen den Zwangszwang forderte und diese Forderung begründete. Schließlich wurde über die sämtlichen Petitionen einfach zur Tagesordnung übergegangen. Für Ueberweisung an den Reichskanzler stimmten nur die Sozialisten, das Centrum und ein paar Elsaß-Lothringer. So wäre denn auch diese Frage wieder einmal bei Seite geschoben. Das Beiseiteschieben unbehaglicher Materien ist überhaupt eine charakteristische Eigenthümlichkeit des Reichstags: Reform der Gewerbeordnung — bei Seite geschoben; Reform der Zollgesetzgebung — bei Seite geschoben — und nun auch, um die Liste nicht größer zu machen, die Zwangsfrage. Einem Problem aus dem Wege gehn, ist freilich leichter, als es zu lösen.

Es ist 4 Uhr — die Tagesordnung der Morgen Sitzung ist erledigt — Jordanbeck kündigt an, daß der Reichstag Abends 7 1/2 Uhr zusammen zu kommen hat, um sich zu begraben — oder begraben zu lassen.

Für die Leichenrede wollen wir sorgen.

Zu dem Bericht des Reichs der Gewerbeordnungscommission hat Frißche in der Commission heut folgende Erklärung zu Protokoll gegeben: Bei Berathung des von der Commission im Plenum zu erstattenden Berichtes, ist mir erst bekannt geworden, welche Motive die Mehrheit der Commission geleitet, als sie auf Antrag des Grafen Lurberg beschloß, den Antrag v. Galen und Genossen dem Reichskanzleramt als Material nicht mit zu überweisen. Für mich waren diese Motive nicht maßgebend, leider war es mir nicht möglich, meinen Standpunkt zu präzisiren. Mit der Majorität stimmte ich lediglich in der Absicht, den von meinen Parteifreunden und mir eingebrachten Antrag dem Reichskanzleramt überweisen zu sehen.

Abends 7 Uhr.

Vor einer Viertelstunde — „das akademische Viertel“ wurde eingehalten — begann „die letzte Sitzung“. Tagesordnung 4. Elle lang, aber doch nichts darauf — der Rest, der noch formell zu erledigenden „Geschäfte“. Im Saal 70—80 Mitglieder, die entweder stehen, herumgehen, oder auf ihren Plätzen herumrutschen — denn Sitzfleisch hat keiner mehr. Nur fort! Nur fort aus dieser parlamentarischen Folter! Wehe dem, der jetzt noch eine Rede versuchen sollte! Er würde unbarmherzig niedergeschrien, unter Jorndestruken erstickt! Schade, daß das „hohe Haus“ so spät zur richtigen Erkenntniß des Werthes oratorischer Leistungen gelangt ist.

Jordanbeck, der sich abquält, möglichst feierlich auszusprechen, hat allein das Wort: „Wir treten ein in den ersten Punkt der Tagesordnung. — Das Wort wird nicht gewünscht. Ich schließe die Diskussion. Wer der Gesetzesvorlage seine Zustimmung gibt, den bitte ich, sich zu erheben. Es ist die Majorität, die steht. Die Gesetzesvorlage ist angenommen, und damit der 1. Punkt der Tagesordnung erledigt. Wir kommen nun zum 2. Punkt der Tagesordnung.“ Und nun wiederholt sich Wort für Wort dieselbe Prozedur. Kein Mensch hört zu. Herr v. Jordanbeck macht trotzdem ein so ernsthaft feierliches Gesicht, daß ein römischer Augur, der ihn betrachtete, vor Reib bersten oder — vor Lachen zerplagen würde.

Genau 15 Minuten dauert das grausame Spiel.

Ein neuer Abschnitt beginnt — die Leichenrede, aber nicht die richtige, bloß die offizielle; Jordanbeck hält sie. Er zählt auf, was der Reichstag geleistet — wir wissen es. Wo zu noch warten? Ich halte es nicht länger aus. Weg! Durch die kaum geschlossene Thür tönt mir ein dünnes Hoch! auf Seine Majestät unsern Kaiser nach — so dünn, daß Jordanbeck's Gurgel-töne deutlich heranzuhören sind. Tout est fini! Alles ist fertig, — bis es wieder von Neuem anfängt. Wird es von Neuem anfangen? Wird dieser Reichstag wieder zusammenkommen? Ueberhaupt wieder ein Reichstag? Wer weiß es — quien sabet — jagt der kluge Spanier. Da hinten in der Türkei ist ein Tanz losgegangen, dessen Ende und Ausgang Niemand absehen kann. Wenn der Rehrans gemacht wird, wer und was wird dann noch anrecht stehen? Quien sabet? Die Barziner Sphing gewiß nicht.

genländischer Cultur, „Brüder“ nennen, und sie mögen auch den Enthusiasmus der Studierenden aufdespart wissen wollen für Gelehrte, deren Weisheit sich in didaktischen Büchern ausdrückt; sie mögen endlich ihre wohlfeilen Witze über die „naturalistischen“ Politiker machen — Witze, welche diesen traurigen Gesellen in ihrer bänglichen Stimmung so ganz und gar nicht vom Herzen gehen — all das ändert an der ernsthaften Bedeutung dieser Demonstrationen nicht das Mindeste. Diese erreichen vollkommen ihren Zweck, vor der ganzen Welt Zeugniß abzulegen, auf welcher Seite Ungarns Sympathien in diesem Kampfe zwischen Gewalt und Recht zu finden sind. Sie sollen ein drohendes Echo sein der Meinungen der Volksvertretungen und der Aeußerungen der Presse Ungarns, ein wohl zu beachtender Wink und eine ernste Mahnung für die offiziellen Lenker der Politik Oesterreich-Ungarns. Während die Letzteren den türkischen Gästen die Wege weisen möchten, speisen die Ungarn diese Männer auf dem Prytanion! Das ungarische Volk hat sich zu keiner Zeit sein Recht der freien Meinungsäußerung verkümmern oder gar eskamotiren lassen. Nicht diesen Sofia, diesem Scheiß oder dem so und so genannten Hodsha gelten die Ovationen, sie gelten der um ihre Griftenz gegen brutale Gewalt ringenden Türkei, dem „ruhigen Nachbar“, dem befreundeten Staatswesen, dem Volke, das sich mit den letzten Kräften anstrengen möchte, einen modernen Staat, ein culturelles Gemeinwesen zu bilden, und an dieser Arbeit durch moskowitzische Arglist und Raubgier gewaltfam gehindert wird. Doch mit dieser Charakteristik ist das Wesen der Pester Demonstration nicht erschöpfend geschildert, und jene hätten Recht, welche in dieser Zeit der grausam nächsternen Realpolitik die Ungarn als „sonderbare Schwärmer“ hinstellen möchten.

Das waren die Ungarn aber niemals und sind es heute am allerwenigsten. Jeder eisenrührende Magyar weiß es, daß auf der Ofener Citadelle anderthalb Jahrhunderte die Fahne des Halbmondes wehte; kennt aus seiner Geschichte, daß die Osmanen Ungarn wie ein Pöschalil behandelten; daß die Kämpfe mit den Türken mit zum großen Theile die Ursache sind, weshalb Ungarn so lange und so weit hinter der Cultur des Westens zurückgeblieben ist. Darüber hat der Ungar eine Belehrung für wahr nicht nötig. Aber jeder Ungar weiß auch, daß seit dem Passaro-

wiser Frieden die Türkei Oesterreich-Ungarns bester Nachbar gewesen; daß die Erhaltung der Türkei ein Lebens- und Interesse Oesterreichs ist; daß das Auftreten slavischer Kleinstaaten an Oesterreichs Grenzen als ebenso vieler Balkan-Rußlands für das Lebens-Interesse unseres Staatswesens gefährlich ist. Seit dem Auftreten des „größten Ungars“, seitdem Stephan Szechenyi die Donau-Dampfschiffahrt ins Leben rief, weiß jeder Ungar die Bedeutung des Stromes zu würdigen, von dem Rußland fernzuhalten unter allen Systemen, in allen Epochen erste Aufgabe Oesterreichs gewesen. Staatliches und wirtschaftliches Interesse erheben bedingt von der Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei. Hingegen fühlt jeder Ungar instinktiv die Gefahr, welche der Stephanstrone, dem Rechtszustand Ungarns von Rußland und der Ausbreitung seiner Macht an der untern Donau droht. Zu guter Stunde veröffentlicht Herr v. Krueh die Briefe und Resolutionen der Maria Theresia, welche als die Türkei mit Entschiedenheit zurückwies, damit Rußland nicht der Grenznachbar Ungarns werde. Jenseits der Leitha fühlt Jedermann, daß Rußlands slavische Vorfierrolle mit Erfolg nur auf Kosten Ungarns durchzuführen ist.

Ran ahnt in Ungarn mit klarer Vorausicht, daß Rumäniens Selbständigkeit Aspirationen auf ungarisches Gebiet weckt; man fürchtet mit Recht die Entfesselung nationaler Leidenschaften unter den Walachen und erinnert sich noch der Erhebung der Romanen, ihrer Greuelthaten unter Abram Janca und der furchtbaren Bauern-Rebellionen gegen die magyarischen Abeligen. Alltäglich werden die Ungarn daran erinnert, daß im südlichen Theile des Reiches der Hauptstich der Omladina ist; daß die meisten der Bewegungen in Südungarn geplant waren; daß die Belgrader Serben hinwiederum den Kampf gegen Ungarn 1848—49 als ihre eigene Sache betrachteten; daß die ungarischen Südslaven förmliche nationale Wallfahrten nach Belgrad veranstalteten; daß die Omladina mit Einem Worte einen großen Theil des Stephanreichs unterwühlt. In einem Volke, das mit vollem Antheil in seiner historischen Tradition lebt, wie das ungarische, bleiben auch die Erinnerungen an Verhältnisse wach, die heutzutage in unendlich ferner Zeit hinter uns zu liegen scheinen.

Congress der Sozialdemokraten Deutschlands.

Zur Vorbereitung des Congresses hat sich hier ein Localcomité constituirt.

Um die nöthigen Quartiere zu beschaffen, werden die gewählten Delegirten ersucht, sich an Emil Sauerteig zu wenden. Mitglieder des Localcomités werden schon am Sonnabend den 26. Mai von Vormittags an, mit rothen Schleifen versehen, am Bahnhof die Delegirten empfangen.

Das Localcomité eröffnet sein Bureau am 26. Mai Vormittags im Congresslokal: Thüringer Hof.
Gotha, 4. Mai 1877. Das Localcomité.
Emil Sauerteig, Vorsitzender.

Correspondenzen.

Ottensen. Die Wahlprüfungs-Commission des Reichstages hat rüchsenlich die Wahl des Abgeordneten Prof. Dr. Bessler (6. Schleswig-Holsteinischer Wahlkreis) beantragt: Der Reichstag wolle beschließen: 1) die Wahl zu beanstanden; 2) den Herrn Reichszanzler unter Mittheilung des Protocolls und der Wahlacten zu ersuchen: a) im Verwaltung des Protocolls zu lassen, ob und aus welchen Gründen die Vertrauensmänner des Ottensener Wahlcomités bei der ersten Wahl aus den Wahllokalen in den sämtlichen Bezirken des Kreises, sowie in den Wahlbezirken Fabrikweg, Nahe, Arnisfeld, Bahlstedt und Schmalensee, Kreises Segeberg, bei der zweiten Wahl aus den Wahllokalen in Blum, Garstedt und Bahlstedt ausgewiesen sind, und dabei amtlich ermitteln zu lassen, ob event. die Ausweisung durch Verfügung der Königl. Preussischen Landrathsämter zu Pinneberg und Segeberg veranlaßt sei; b) gerichtliche Beweiserhebungen über an) den im Protocoll behaupteten Vorgang bei der ersten Wahl in Groß-Rönna, sowie über die Angabe, daß in Bahlstedt bei der ersten Wahl das Wahllokal eine Zeit lang verlassen gewesen sei, bb) die Behauptung, daß der Gensdarm Windler bei der ersten Wahl in Stubborn Stimmzettel für den Maschinenbauer Stöhr confisziert habe, cc) das angebliche Verfahren des Wahlvorstandes bei der zweiten Wahl in den Wahlbezirken Arnisfeld, Bramstedt und Dudenhuben, dd) die Behauptung, daß der Gensdarm Müller bei der zweiten Wahl in Bramstedt Stimmzettel für den Abgeordneten Dr. Bessler verteilt und das Ausgeben von Stimmzetteln für den Maschinenbauer Stöhr verhindert habe, sowie endlich ee) den behaupteten vorzeitigen Abschluß der Wahlhandlung bei der zweiten Wahl in Bahlstedt — eintreten zu lassen und über das Ergebnis der Ermittlungen und Beweiserhebung unter Anschluß der betreffenden Verhandlungen dem Reichstage eine weitere Mittheilung zu machen; damit auch e) eine Auskunft darüber zu verbinden, ob und aus welchen Gründen in der Zeit zwischen der ersten und zweiten Wahl Wahlversammlungen der sozialdemokratischen Partei in Pinneberg, sowie in den Pinneberger Landdistrikten von den Königl. Preussischen Behörden verboten sein. — Der Reichstag hat sich dem Vorschlage der Commission angeschlossen und die Beanstandung der Wahl Besslers ausgesprochen. Wir sind begierig, zu erfahren, welche Resultate die Ergebnisse in Bezug auf die Wahlbeeinflussungen haben werden.

Estin. 1. Mai. Am 3. Februar stand Genosse Wehrendt aus Hassendorf vor dem hiesigen Schöffengericht, angeklagt: Mitte Dezember vorigen Jahres bei mehreren Einwohnern seines Wohnortes freiwillige Gaben zu sozialdemokratischen Zwecken (ohne Erlaubniß der Regierung) gesammelt und sich dadurch einer Uebertretung der Regierungsbekanntmachung vom 21. Januar 1847 schuldig gemacht zu haben. Wehrendt machte geltend, er sei nicht mit dem Vorjahre ausgegangen, um Geld zu sammeln, sondern um ein Verzeichniß sozialistisch gesinnter Wähler seines Wohnortes zusammen zu bringen und für selbige die amtliche Wählerliste controliren zu können, wozu er vom Arbeiterwahlcomité ersucht worden sei. Die vorliegenden Beweismittel ergaben aber, daß W. Gaben entgegengenommen habe, worauf selbiger zu 15 Mark Geldstrafe und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt wurde. — Am 7. April stand vor selbigem Gericht Genosse Strud aus Reudorf, beschuldigt: am 10. Januar den Wahlvorsteher Witt bei der dort stattgehabten Wahlhandlung dadurch beleidigt zu haben, daß er trotz Verbot desselben den Dedel der Wahlurne aufgehoben habe mit dem Bemerkten: „Laß kommen was da will, ich will doch sehen, ob was drin ist.“ Strud machte geltend, daß er die ihm zur Last gelegte Bemerkung bei seiner Handlungsweise nicht gethan, daß er um 10 Uhr in das Wahllokal getreten sei, und daß zur selbigen

Zeit einige Mitglieder der Wahlcommission nicht zur Wahl gehörige Dispositionen gefaßt hätten, drei von den Mitgliedern hätten ihre Jettel abgegeben, welche der Vorsteher in die Urne warf, nach einiger Zeit hätte derselbe dann gesagt: Nun, wir können ja wohl anfangen, und die Herren begannen, ohne die Wahl geschäftig zu eröffnen. Darauf bemerkte Strud, daß die Urne bei Eröffnung der Wahl leer sein müsse. Der Vorsteher Witt antwortete, das sei ihre Sache, er gebe streng nach dem Befehl, und es sei demgemäß alles in Ordnung. Dann las er das Gesetz vor, und wie er an den § 13 des Reglements kam (auf den Strud sich berufen), hielt er inne, worauf er (Strud) die erwähnte Handlungsweise begangen habe. Nach dem Verhalten des Wahlvorstandes habe er die Ueberzeugung nicht gewinnen können, daß die Wahlhandlung eröffnet sei, und sei seine Handlungsweise durch die des Vorstandes veranlaßt, er beantrage deshalb seine Freisprechung. Strud wurde schließlich zu drei Tagen Gefängniß und in die Kosten verurtheilt. — Am 14. April hatten sich die Genossen Wiese, Moll, Gurgel, Burgel und Unterzeichneter vor dem Schöffengericht zu Ahrensbood wegen unerlaubten Collectirens zu verantworten. Das Urtheil lautete betreffs der vier erstgenannten Angeklagten auf 15 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten, wogegen Unterzeichneter freigesprochen werden mußte, weil ihm nichts nachgewiesen werden konnte.

Parteienoffen, Ihr seht, daß sobald wir uns rühren und für unsere Interessen wirken, uns sofort Verfolgungen aller Art treffen, gedankt deshalb des Wahl- und Gemahrgeltesfonds.

Arbeiter von Estin und Umgebung! Euch lege ich noch besonders ans Herz, jetzt mehr denn je zu unserer Fahne zu halten, denn unsere Gegner wenden alle Mittel an, den Sozialismus hier zu unterdrücken, und namentlich machen sie ihren Einfluß in dieser arbeitslosen Zeit geltend durch Maßregeln aller Art, welche sie auch auf Handwerker, die unsere Prinzipien huldigen, ausdehnen. H. J. Schröder.

Verichtigung: Im vorigen Bericht ist irrthümlich vom ersten statt vom neunten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise die Rede; es muß dort heißen: Hier im ersten Oldenburgischen wie im neunten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise siehe die Sachen so.

Flensburg. 1. Mai. Wie den Parteienoffen bekannt sein wird, konnten hier schon seit längerer Zeit keine Volksversammlungen abgehalten werden, weil die Polizei unter allerhand nichtigen Vorwänden deren Einberufung untersagte. So z. B. war das Lokal bald zu klein, oder es befand sich nicht in geeignetem Zustande. Zum Ueberflus entschied die Regierung in Schleswig auf erhobene Beschwerde auch noch gegen uns. Natürlich waren wir mit einem solchen Bescheide nicht zufrieden und wandte ich mich um Abhilfe an das Ministerium des Innern, und zwar unterm 27. November v. J. Da uns aber die Antwort zu lange ausblieb, brachte ich am 22. März d. J. die Angelegenheit nochmals in Erinnerung und ließ den betreffenden Brief auf der Post einschreiben. Das fruchtete, denn am 26. April wurde mir durch die hiesige Polizeiverwaltung nachstehender Bescheid des Ministeriums des Innern zugestellt, über dessen Empfang ich Bescheinigung in Händen der Polizei zurücklassen mußte. Der schriftliche Bescheid hat folgenden Wortlaut:

„Auf die Beschwerde vom 27. November v. J. eröffne ich Ihnen hierdurch nach näherer Prüfung derselben, daß ich es nicht habe für gerechtfertigt erachten können, wenn die Abhaltung der für den 4. Oktober v. J. nach dem Wirtshause Wilhelmenthal bei Flensburg von Ihnen einberufenen gemeinsamen öffentlichen Versammlung polizeilich verhindert worden ist. Das Verfahren der Polizei-Verwaltung zu Flensburg beruht auf einer unrichtigen Auslegung des Vereinsgesetzes, und ist die qu. Behörde hierüber in entsprechender Weise belehrt worden.“
Der Minister des Innern.
Gr. Eulenburg.“

Das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ wird um Abdruck gebeten.
A. J.

Dortmund. 1. Mai. Auf den Kohlenzechen „Tremonia“ und „Westalia“ sind 650 Bergarbeiter abgelohnt worden, weil sie sich einer neuen Arbeitsordnung nicht fügen wollten. Ist es an sich schon entehrend für die Arbeiter, daß die Arbeitsordnungen in der Regel ohne ihr Zutun zu Stande kommen, so tritt in diesem Falle noch hinzu, daß die Arbeitsordnung die Interessen der Arbeiter auf das Empfindlichste schädigt. Nur einige Bröckchen, wie die Verwaltungen obengenannter Zechen mit den Arbeitern umzuhandeln gedenken, mögen hier angeführt sein. Wenn die Verwaltung z. B. einen Theil der Arbeiter in Folge von Betriebseinschränkungen außer Betriebsamkeit setzt, haben

die Letzteren keinen Anspruch auf Lohn für die verfeierten Schichten und dürfen ihre Entlassung gleichwohl nicht nehmen, falls die Arbeitslosigkeit nicht länger als drei Tage dauert. Ver spätetes Erscheinen zur Anfaber wird mit Verurteilung bis zur ganzen Schicht bestraft. Schlecht gefüllte Fördergefäße oder unrein geförderte Kohlen werden gratis abgestürzt. Die Lohnzahlung erfolgt monatlich, und zwar in der zweiten Hälfte des folgenden Monats. Die Quittung leistet für den Empfänger ein Grubenbeamter! Wer gegen die Richtigkeit des ausgeworfenen Lohnes bereits am Lohnstage Einwendungen macht, verliert jedes weite Aerecht. — Diese Bestimmungen sind auf den genannten Zechen zwar schon lange in Kraft, neu jedoch ist eine Klausel, die das langersehnte Contractbruchgeletz gleichsam überflüssig machen soll. Es sollen nämlich im Fall eines Strikes die feiernden ihren Lohn erst nach Verlauf eines Vierteljahres zu beanspruchen berechtigt sein. Daß man kein wirksameres Mittel erdenken konnte, um eine strikierende Belegschaft mit der Wünschenswerthen Schnelligkeit auszuhungern, liegt auf der Hand; diese Neuerung sollte nun zunächst in Gestalt eines umhriebenen Klinea in die Arbeitsordnung von zwei Werken eingeschmuggelt werden, auf denen noch keine größere Arbeitseinstellung stattgefunden, und sie daher eher unbedacht bleiben konnte, um später zusammen mit dem Ganzen als Normalentwurf auf alle Zechen des Reviers ausgedehnt zu werden. Obgleich die Arbeiter von diesem Menschenfeindlichen Plane Kenntniß hatten, haben sie sich doch fast einmüthig den Forderungen der Arbeitgeber widersetzt. — Daß die feiernden Bergarbeiter den Grubenverwaltungen gegenüber einen schweren Stand haben, ist in dieser Zeit der Geschäftsstille nicht zu verkennen. Es hat denn auch an Abmahnungen vor überreichten Schritten nicht gefehlt, und namentlich ist es Genosse Töcke gewesen, der den Bergarbeitern das Mißliche ihrer Stellung vorgehalten hat. Zunächst wollten die brodlös gewordenen Bergleute wiederholt die Stadt Dortmund und außerdem das Oberbergamt um Arbeit angehen, mit welchem Erfolg, das ist uns schwer voranzusehen. Alles in Allem sind es wieder einmal die Provocationen der Arbeitgeber gewesen, welche eine große Zahl fleißiger und tüchtiger Arbeiter in's Elend gestürzt haben.

Deßau. 31. April. Unsere Stadt ist in nicht geringe Aufregung versetzt durch das vor einigen Tagen erfolgte plötzliche Verschwinden der Direktoren der hiesigen Gewerbebank Fiedler und Eisele. Das Schlimme an der Sache aber ist, daß die Flüchtlinge ein Defizit von Mk. 561059.24 hinterlassen haben, welches gedeckt werden muß. Wenn man bedenkt, daß die Mitglieder der Gewerbebank zum großen Theil dem kleinen Gewerbebestande angehören, so kann man sich ungefähr eine Vorstellung von dem Elend machen, welches die Betrüger der beiden Schwindler hervorgerufen werden, wenn nicht ein Ausweg zur Verständigung mit den Gläubigern gefunden wird. An Anstrengungen in dieser Richtung fehlt es nicht, ob sie aber von Erfolg gekrönt sein werden, muß die nächste Zukunft lehren. Vorläufig hat die Gewerbebank sich bereit erklärt, den Gläubigern 80 pCt. in vier Raten binnen einem Jahre zu zahlen, und denkt dieselbe durch freiwillige Beitrettern die hierzu erforderlichen Gelder aufzubringen.

In einer am 24. April abgehaltenen Versammlung der Gläubiger der Gewerbebank wurden auch mehrere Parteienoffen, welche mitbetheiligt sind, zu dem zu wählenden Comité, welches mit den Curatorium der Gewerbebank in Verbindung treten soll, vorgeschlagen, jedoch gelang es denselben bloß einen durchzubringen. Doch wie dem auch sei, jedenfalls hat sich hier wieder einmal die Vertrauenslosigkeit bitter gerächt, welche in der Regel Leuten entgegen gebracht wird, die ein Amt bekleiden (Fiedler z. B. war Stadtrath, außerdem auch Mitglied des hiesigen liberalen Reichstagswahlcomités) oder sich sonst irgendwie wichtig zu machen verstehen.

Weihen. 29. April. Am 21. April fand im Saale zum „Goldnen Schiff“ eine Volksversammlung statt, in der Unterzeichneter zum Vorsitzenden und Korth zum Schriftführer gewählt wurden. Die Tagesordnung lautete: „Die Frauen und die soziale Frage.“ Das Referat hatte Frau Klemich aus Dresden übernommen, welche denn auch einen mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Frau Klemich bezeichnete die Stellung der Frauen in der heutigen Gesellschaft als eine in vielen Stücken ungerechte und wies darauf hin, daß dies im sozialistischen Staate ganz anders sein würde. Herr Klemich, welcher ebenfalls anwesend war, ging auf einige erwähnte Thatfachen etwas näher ein, und wurde ihm ebenfalls stürmischer Beifall zu Theil. Es meldeten sich auch noch einige andere

So steht vor dem Geiste der Ungarn Rußland, das 1849 mit seiner aufdringlichen und aufgedrungenen Hilfe aus den Donaufürstenthümern einbrang, wie ein Verhängniß, das die Ausschöpfung des aufständischen Ungarn mit seinem Könige hinderte. Schufelska, der Minister Krauß in Kremsier und Lord Palmerston in London erklärten die Russenhilfe für das Unglück Oesterreich-Ungarns, und war sie etwas Anderes. „Ungarn“ lag „zu den Füßen des Czars!“ Und als dies geschah, und ungarische Flüchtlinge in der Türkei ein Asyl fanden, um der einst ihrem Lande wieder dienen zu können; als der österreichische Internuntius und der russische Gesandte drohend vom Sultan die Auslieferung der Flüchtlinge verlangten, ja den diplomatischen Verkehr mit der Pforte abbrechen und diese ganz isolirt war: da hatte dieselbe Türkei, in deren Geschichte man keinen Zug von Humanität entdecken will, den Muth, ihr bestimmtes „Nein“ zu sagen. Auch das hält man in Ungarn in dankbarer Erinnerung.

Und nun, all das wohl erwoogen, sage man noch, daß in den Bester Kundgebungen etwa nur ein kindisches Spiel oder politische Demonstrationen zu Tage treten. Nirgends ist man in politischen Dingen, dem heißen Blute zum Trost, so nüchtern wie in Ungarn. Politik heißt dort actuelle, momentane, die Volksmeinung aufzufassende Wirksamkeit. Man ist dort eminent praktisch. Man machte sich keine Gedanken über die Reizele der in Pest gleichzeitig eingetroffenen Feldmarschalls Erzherzog Albrecht; man wendete in volkstümlichen Kreisen den Blick unverwandt auf die unscheinbare — Sofia-Deputation. Man wollte offenbar demonstrieren, weil man die Bitterung hatte, daß es gut sei, auf eine Kraft in der politischen Arena aufmerksam zu machen, die zum Bundesgenossen zu gewinnen sich wohl verlohnt. Die Begeisterung der Massen braucht oft einen Hochdruck; aber solche spontane Kundgebungen, wie die eben zu Pest stattfindende, die gehen aus der Diktatur des Instinkts, aus der Einsicht in die Interessen hervor.

— Preussischer Größenwahnsinn. Der berühmte Sprachforscher Grimm lebt, abgesehen von seinen Werken, auch in einem solchen fort, der Professor in Berlin ist und sich von einem Todten zu ernähren sucht, der auf den ziemlich bekannten Namen Goethe hört. Wie dächten unsere berühmten todtten Männer wären dadurch sattem geweiht, daß wir sie in ihren Werken fortleben lassen. Man sollte meinen, sie hätten vor dreitausend Jahren gelebt und wenigstens hinesisch

geschrieben, ein solches Heer von Auslegern haben sie im Gefolge. Besserer Sohn heißt Hermann und hat zwei Bände Vorträge über Goethe gesprochen, das wäre verzeihlich. Nun sind sie aber auch im Dreck erschienen und damit steht der Kritik das Recht zu, darüber zu urtheilen. Man höre: Band I. S. 277 heißt es: „Goethe war Süddeutscher, vielmehr Süddeutscher“ und Band II. S. 107 heißt es: „er (Schiller) war ein Westdeutscher, ein Schwabe, ein Süddeutscher, während Goethe, da bekanntlich nur Sachsenhausen, als südlich vom Rheine gelegen, zu Süddeutschland gehört, ein Norddeutscher war.“ Der Gedehnwahnsinn ist eine Geisteskrankheit, die vor 70 auf 71 nur verbreitet. Als Herr D. auftrat, seit dieser Zeit aber hat sie sich epidemisch verbreitet. Wie der Professor Grimm den ersten Band „Goethe“ sprach, war er sicher noch nicht vom Massen-Größenwahnsinn befallen, da war denn der Frankfurter Goethe noch Süddeutscher. Die Gehirnströmung ging erst beim zweiten Band vor sich. Was wäre Norddeutschland, wenn nicht der größte Dichter Deutschlands ein Norddeutscher gewesen wäre? Was nützen uns Nolte und Widmar, wenn wir nicht auch den Goethe haben? Und haben wir ihn nicht, so amethieren wir ihn! Die Karte her, hier der Rhein, hier Frankfurt, dort Süddeutschland: „Den Finger drauf, den nehmen wir!“ Ein komisches Hänchen vom Geiste seines großen Vaters, was die Sprachforschung betrifft, scheint auch im Sohne Hermann zu stecken, er schreibt: „Der französische, Deutsche und italienische Urtad“; „Griechische Gesinnung, römische Bildung, Deutsches Gemüth.“ Oder deuten die großen D vielleicht nicht auf Größenwahnsinn hin? Da wir es mit einem Deutschen Professor zu thun haben, wollen wir nicht weiter citiren als mit einem: „Der Jopf der hängt ihm hinten.“

— Auch! Die Züricher „Freitag“-Zeitung“ enthält folgende Notiz: „In verschiedenen Bezirken des Cantons sind neue Fälle von Hundenwuth vorgekommen. — Im Spital sind unter den unglücklichen Leiden der Wasserfische ein Mann, der vor vier Monaten in Maitfelden von einem wüthigen Hunde gebissen worden war. — In Gräningen mußte man eine wuthkrante Kuh schlachten. — Auch die Kirche von Ulter — — wird eine Orgel bekommen.“

Der denkende Leser muß bei diesem „Auch“ eine wahre Heidenangst bekommen, daß die Kirche von Ulter „auch“ von der Hundenwuth befallen worden — glücklicherweise bekommt sie nur eine Orgel, was unstrittig weniger schlimm ist.

— Hungernoth in China. Nach einer Correspondenz der „Times“ aus Schanghai vom 15. März wüthet im Norden China's eine entsetzliche Hungernoth, die sich von der indischen dadurch unterscheidet, daß von Seiten der Regierung so gut wie nichts zur Vinderung des Unglücks geschieht. Tausende sterben den Hungertod. Die Berichte der Missionäre schildern vor allem in Schantung die Noth als das denkbar schrecklichste Schauspiel, vor herbeigerufen durch die Dürre des vorigen

Sommers. Die Leute nähren sich theilweise von Wurzeln und Stengeln, tausende aber haben nicht einmal das und sterben, nachdem sie ihre Kleider und ihre Kinder verkauft haben. Viele kriechen, nachdem sie keine Kleidung mehr besitzen, in unterirdischen Gruben zusammen. Aus Dörfern von 500 Familien werden 300 Fälle von Hungertod gemeldet. Allen diesen Schrecknissen gegenüber hat die chinesische Regierung nichts gethan, als die jämmerliche Summe von etwa 14,000 Yt. auf die Gesamtheit der acht lebenden Districte anzuweisen. Die Leute erhalten auf die Weise täglich etwa 1/2 Penny. Täglich nimmt die Sterblichkeit zu. Schnee bedeckt den Boden und die armen Geschöpfe können nicht bekommen, um den Hunger zu stillen. Nach drei Monaten werden einige Kräuter wachsen und die Bäume im Laub stehen, jetzt bietet der gefrorene Boden lediglich Todengräber.

— Weiter. In verschiedenen Blättern findet sich folgende Annonce: „Für Liedertafeln und Gesangsvereine. Soeben erschien im Verlage von Edmund Koff in Sulza und ist durch jede Buch- und Musikalienhandlung zu beziehen: Der rote Sozialdemokrat. Vierstimmige Gesangshumoreske für Solo und Chor. Dichtung von Hermann Görwig, Musik von Schäffer. Partitur und Stimmen 1 Mark. Einzelne Stimmen à 15 Pf. stehen in beliebiger Anzahl zu Diensten. Dieser äußerst erheiternde Gesang mit Solo und Chor für Gesangsvereine und gesellige Jirkel schildert in launig-satirischer Tone die ganze Doktrin des sozialdemokratischen Zukunfts-Staates. Sehr amüsant und dramatisch lebhaft ist der in Form von Frage und Antwort gehaltene Wechsel von Solo und Chor.“

Probeweis hier nur einen Vers (Vers 2).
Solo: Den jetzigen Staat den stürz' ich um!
Chor: Wie so? Wie so? Wie so?
Solo: Ich schaffe ab das Eigenthum! . . .
Chor: Ach so! Ach so! Ach so!
Solo: Denn Eigenthum ist eigentlich
Nur Diebstahl und den habe ich! — Ja, ja!
Chor: Ja, Eigenthum ist eigentlich,
Ja, Eigenthum ist eigentlich,
Nur Diebstahl und den habe ich! — Ja!
Ei wie schön! Um das Schöne noch schöner zu machen, mußten die Verschen:
Ja Eigenthum ist eigentlich
Nur Diebstahl und den habe ich!
von dem vierblättrigen Kleeblatt: Strauß, Bennigsen, Riquel, Birnbam gesungen werden.

Nebner zum Wort, von welchen der eine meinte, er ginge überall hin, und so sei es ihm auch neulich eingefallen, in die Kirche zu gehen. Da habe ihn aber ein Kirchenbedienter beim Armel gefasst und habe gesagt, daß der Platz für einen Andern bestimmt sei, er dürfe sich da nicht hinsetzen und müsse erst abwarten, ob der Betreffende kommen würde; das habe ihn so empört, daß er von jetzt an nicht wieder die Kirche besuchen wollte. Da hier eine ziemlich starke Abneigung gegen die Kirche herrscht, so riefen auch diese Worte ein allgemeines Bravo hervor. Ein anderer Herr sprach den Wunsch aus, daß der sehr lehrreiche Vortrag der Frau Kleinich gedruckt werden möchte; was Frau Kleinich auch versprach, indem sie die Versicherung gab, daß der betreffende Vortrag in den von ihr redigierten „Blättern für geistigen Fortschritt“ demnächst erscheinen werde. Die Versammlung war sehr stark besucht; zum ersten Mal hatten wir auch Frauen öffentlich eingeladen, und waren dieselben auch in größerer Anzahl erschienen. Es wird hier lebendig, aber auch die Maßregelungen nehmen zu.

Leipzig. (Beripätet.) Am 20. April fand in den 3 Mühren im Anger die in der Zeit des Wahlkampfes verabredete Disputation zwischen dem Fortschrittsmann Hrn. Fintel und unserem Parteigenossen Geiser statt. Aus dem bereits veröffentlichten Teseen ergibt sich schon, wovon im allgemeinen die Rede gewesen ist. Nur hervorgehoben sei, daß Herr Fintel den vielfach abgebrachten Vorwurf brachte, daß von ihm freilich erst dem Sozialismus imputierte absolute Gleichheitsideal sei mehr dem romanischen Klassen angemessen, bei welchen ein „heerdenartiger Charakter“ zu konstatieren sei, der eine immer strengere Concentration bedinge; dem deutschen Nationalcharakter sei mehr der Zug nach individueller Freiheit, nach Befreiung des Einzelnen eigentümlich. Nun hat uns aber leider die neuere Entwicklung gezeigt, daß dieser „Heerdencharakter“ in unserer deutschen gesetzgebenden Versammlung in ganz bedenklicher Weise um sich gegriffen hat. Beweise liegen auf der Hand, man denke nur an die zahllosen „Sammelsprünge“ und an das fliegende Wort von der „Heerde von Pferden“, mit der ein uns gegnerischer Abgeordneter, die wie auf Ordre stimmenden Nationalliberalen n. verglich. Jenes Hereinziehen der nationalen Gegenätze schmiedete etwas nach der bekannten Hebe gegen den „Erbsind“. Durch einige Kalauer suchte Fintel die von uns geforderte geistige und körperliche Bethätigung der Einzelnen ins Lächerliche zu ziehen: ein Professor könne nicht Vormittag Collegien lesen und Nachmittag Straßen pflastern; wogegen Geiser betonte, daß derzeit den geistigen Arbeitern es oft an Bethätigung ihrer Kräfte mangle, und, was ebenso schlimm, wenn nicht noch schlimmer ist, andererseits ganz erhebliche Bevölkerungsanteile nicht in der Lage seien, ihre Geisteskräfte zu üben, und so auf beiden Seiten Mißbildungen und unnatürliche Befreiungen eintreten. Von Punkt zu Punkt war Herr Fintel genöthigt, sein „erfeuliches Einverständnis“ mit unserem Genossen Geiser zu erklären. Als der Letztere daraus die Folgerung zog, daß Herr Fintel wohl mehr Sozialist sei, als er sich träumen lasse, ergriff diesen ein gelinder Schauer, der ihn veranlaßte, die erste gebotene Gelegenheit zum Abbrechen der Disputation zu benutzen. Nun verlangte Geiser bestimmte Antwort auf die Fragen 1) ob es in einem vernünftig organisierten Staat Existenzen ohne Arbeit (abgesehen natürlich von den Arbeitsunfähigen) geben dürfe; 2) ob ohne eine Aenderung in diesem Sinne eine gründliche Besserung der staatlichen Verhältnisse möglich sei und 3) ob eine andere als die von den Sozialisten angestrebte Gesellschaftsform diese möglich mache. Darauf wollte nun Herr Fintel durchaus nicht antworten und nannte die Fragestellung unangemessen, es werde ihm damit „der Revolver auf die Brust gesetzt, das stehe nicht in den Thesen“ u. dgl. m. Wir meinen nun, daß man recht wohl diese Fragen beantworten kann, daß es im Wesen der Disputation liegt, jede auftauchende Differenz zu beleuchten und daß endlich diese Fragen selbst genau in den Rahmen der 4. These gehören. Die Versammlung erklärte sich gegen eine Minorität von sechs Stimmen für eine von Geiser eingebrachte Resolution: daß Herr Fintel außer Stand sei, den Sozialismus zu widerlegen. Den einzig richtigen Protest gegen diese Resolution durch eine Widerlegung versäumte Hr. Fintel und so ging die Versammlung auseinander, nachdem noch ein Herr Dr. Gladstern, in Volksversammlungen auf den Namen „Müller“ hörend, mit Geiser zu disputieren sich bereit erklärt. Wie wir vernehmen, hat er sich jedoch nachträglich anders besonnen. Die Waffen der Wissenschaft sind, wie es scheint, entweder zu schwer zu regieren für die Herren Gegner oder aber es ist mit ihnen dem Sozialismus überhaupt nichts anzuhaben.

Delitzsch. 25. April. (Allgemeiner Bericht.) Verschiedene Zeitartikel im „Delitzscher Kreisblatt“, welche von Verleumdungen gegen uns strotzen, veranlassen mich, den Raum des „Vorwärts“ in Anspruch zu nehmen. Ich würde diesen gegnerischen Artikeln keine besondere Aufmerksamkeit schenken, wenn ich nicht wüßte, daß es darauf abgesehen ist, uns unsere bei der letzten Reichstagswahl hier neugewonnenen 500 Wähler wieder zu entreißen. Die verschiedenen Artikel näher zu besprechen, halte ich für zwecklos, nur eine in den Artikeln enthaltene Stelle ist von Bedeutung, speziell für unsern Wahlkreis. Der Verfasser fährt nämlich aus, daß die Sozialdemokratie nur in denjenigen Wahlkreisen Fortschritte gemacht habe, wo die große Masse des Volkes politisch unreif sei (dieser Anspruch läßt mich allerdings zweifeln an der politischen Reife des Verfassers), und daß es nur der politischen Reife der Wähler des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises zu verdanken sei, daß die Sozialdemokratie keine allzu großen Fortschritte gemacht habe. Was es mit dieser politischen Reife aber für eine Bewandnis hat, das haben wir beim Austragen der Wahlausrufe und Stimmzettel, namentlich auf dem platten Lande, erfahren, wo ein sehr großer Theil der Bevölkerung nicht einmal wußte, was der Reichstag resp. die Reichstagswahl für eine Bedeutung hat. Was den intelligenten Theil der Städte anbetrifft, so erscheint die politische Reife hier erst recht zweifelhaft, wenn man in Erwägung zieht, daß der Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreis lange Jahre und namentlich in der Konstituentszeit von der Fortschrittspartei vertreten wurde, wo hingegen jetzt von einem Konservativen alles Heil erwartet wird. Doch um den Gegnern Gelegenheit zu geben, ihre politische Reife zu betheiligen, hielten wir Sonntag, den 22. April, eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die geistigen Waffen unserer Gegner“ im Bürgergarten ab, zu welcher der Verfasser der betreffenden Artikel durch das hiesige Kreisblatt speziell eingeladen, aber natürlich nicht erschienen war. Herr Werner aus Leipzig als Referent verstand es denn auch vortrefflich, die großen Verleumdungen und Verdächtigungen gegen uns in ihr Nichts zurückzuführen, und die Kampfesweise besagter Artikelschreiber gehörig zu kennzeichnen. Die gut besuchte Versammlung war mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, was der ungetheilte Beifall während des Vortrags, sowie am Schlusse desselben dem Referenten zu Theil ward, beweist. Eine im Sinne der Tagesordnung abgefaßte Resolution wurde einstimmig angenommen. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß Abends ein Ball der Gesellschaft „Brüderlichkeit“ stattfand, zu

welchem uns zu unserer größten Freude der Gesangverein „Vassallea“ aus Halle ein vorzüglich eingespieltes Doppel-Quartett gestellt hatte, das uns einige recht angenehme Stunden bereitere, wofür die Delitzscher Genossen nochmals ihren Dank Halle aussprechen und zugleich die Bitte an den Gesangverein zu richten, sie bald wieder mit ihrem Besuche zu erfreuen. St.

Meerane. 2. Mai. Es ist viel geschrieben worden über die Aussperrung der Arbeiter seitens des Kanonenkönigs Krupp, und doch ist dieser nur ein Stümper gegenüber der Fabrikanten-Gruppe am hiesigen Ort. Es dürfte nicht uninteressant sein, die Sache etwas eingehender zu besprechen. Die hiesigen Weber nennen die Fünfziger Jahre und namentlich die Zeit während des Krimkrieges die Blüthezeit der Weberei. Es gab damals auch vollständig genug Arbeit, die Lebensmittel waren 40, 50 bis 60 Proz. billiger und der Fortschritt der praktischen Weberei machte sich geltend, denn es wurden in einem Stühle Doppelstücke statt der einfachen angefertigt. Auch wurden von allen umliegenden Dörfern Lehrlinge zur Weberei herangezogen, kurz, der Meister, welcher zwei, drei und 4 Webstühle gehen hatte, fühlte sich wohl. Es sollte aber sehr bald anders kommen, die Kaufleute nahmen bald wahr, daß bei der Weberei Geld zu verdienen sei, auch lernten sie die Vortheile der Weberei kennen; die Konkurrenz trat in den Vordergrund, die Löhne konnten zwar nicht gekürzt werden, indem dieselben gegen Glauchau und andere Orte weit niedriger standen, aber die Stücke wurden von 70 auf 80 Ellen Länge geschnitten. Der damalige Kaufmann L., welcher die ersten 80elligen Stücke anfertigen ließ, lebt heute noch, ist stets Fortschrittler und seine Stücke haben jetzt eine Länge von 126 Ellen erreicht, natürlich zu dem früheren Lohnsatz. Zum Verkauf aber werden dieselben auseinandergeschritten. In der Weberbewegung 1872 stieg der Lohn an einzelnen Stellen bei einem Stück fünfzigzwanzigpfennigweise bis zu 1 Mark 50 Pf., diese Zulage wurde aber am Schlusse der Saison gekürzt. Den Profit nimmt der Fabrikant mit der größten Seelenruhe hin, nicht darnach fragend, ob seine Arbeiter schwer darunter leiden. Dagegen haben die Verleger, welche noch größere Geldeinsparungen sind, vollauf zu thun, indem sie die auf die Waare gemachten Abzüge einziehen, ohne das Material vollständig zurückzugeben. Wenn man so ein Arbeiter-Verlegerbuch zufällig durchsehen kann und die auf die Waaren gemachten Abzüge erblickt, so muß man staunen. — Unsere Stadt, welche eine Schuldenlast von mehr als 600,000 Mark hat und bloß auf die Steuerkraft angewiesen ist, wird durch das Vorgehen der Fabrikanten vollständig ruiniert, die Pfandleiher machen das beste Geschäft: Alles was sich forttragen läßt, Kleidungsstücke, Möbel, ja die unentbehrliche Uhr wandert in's Leihhaus, und wenn man zufällig eine Kuckuckuhr besitzt, so glaubt man sich in einen Uhrmacherladen versetzt, und meistens werden die Pfänder zur Hälfte des Werths abgegeben. Mehr denn 800 Steuerzahler haben auf 1875 noch die Steuern zu bezahlen und sind der Auspöndung gewärtig. Daß die Steuerreste für 1876 nicht geringer sein werden, ist selbstredend. — So sind die Zustände heute, und noch unerträglich würde unser Loos sein, wenn wir bei letzter Reichstagswahl unterlegen wären. Zu dem Mangel an Arbeit hätte sich dann auch noch die Verhöhnung gesellt; als Remmen müßten wir einhergehen und die Verfolgung wäre noch ärger geworden. So aber haben wir noch vollständig das Vertrauen der Massen, Alles harri und freut sich auf Volksversammlungen und das einmüthige Zusammenhalten wirkt einschüchternd auf unsere Gegner. — Zum Schluß will ich noch erwähnen, daß die Ausbildung eines hier noch nie bestandenen sozialistischen Vereins seitens des Bürgermeisters mit ungeheurer Heiterkeit begrüßt wurde. R.

Übermalige Aufforderung.

Unserer Mahnung in Nr. 49 d. Bl. vom 27. April d. J. sind nicht nachgekommen: J. G. Sath, Reiningen; Carl Salomon für die Parteigenossen Feuerhuths; Ad. Stölle, Od. timen; Arbeiterverein Neuschönefeld; Sandmann, Dessau; Boumann, Saxeberg, Neuschönefeld, Markstraße; R. Schneweiß, Wetzlar; W. Lauche, Tübingenstadt; J. Kefner für den Arbeiterbildungsverein Brunn; Adolf Schrotz, Schreiner, Bayreuth; A. Reichel, Colporteur, Troppau (Kufenthal 3 J. unbekannt); E. Frensch, Eilenach; Kalkreich, Westf. Freie Presse, Dortmund; F. Köhler, Suhl; J. Sath, Bremen; G. Jeannemann, Duisburg; E. Grentsch, Fort 1/2.

Nachfolgende Personen werden hiermit zum ersten Male aufgefordert, ihre Angelegenheiten mit der Expedition angesäumt zu ordnen, dessen nicht Vorlage an den Congreß erfolgen soll: W. Feuer, Düsseldorf; H. Freudenthal, Kruschwitz; H. Hintermeier, Wiesbaden (Kufenthal gemischt); Max Kaiser, Dresden; A. Conrad, Lausitz, jetzt Borna. (Fortf. folgt.)

Vertrauensleute und Agenten werden dringend gebeten, die Aufgerufenen von unseren Aufforderungen in Kenntniß zu setzen. Dreimal ohne Erfolg Aufgerufenen werden wir zur Kenntniß des Congresses bringen, welcher böswillig erweisene Säumige weiter im Parteiorgan bekannt geben wird. Leipzig, am 5. Mai 1877. Die Expedition des „Vorwärts“ und der „Neue Welt“.

An die Mitglieder der früheren Gewerkschaft der Holzarbeiter, speziell aber an die Bevollmächtigten und Ortskassierer derselben.

In Nr. 18 des „Bund“ Seite 3, befindet sich eine Aufforderung seitens des Krankenkassen-Vorstandes zur angesäumten Ablieferung sämtlicher in den Ortskassen befindlichen Gelder u. s. w. Ich fordere hiermit die Mitglieder an, derselben keine Folge zu leisten, indem der Bundeskrankenkassen-Vorstand nicht das geringste Recht hat, über Gelder zu verfügen, die laut Frankfurter Congreß-Beschluß von 1876 den am Orte befindlichen Mitgliedern verbleiben. Näheres hierüber in Nr. 19 des „Bund“.

Mittheilungen ist noch, daß der Dunkelheit für Th. Fort am 13. Mai, dem Geburtsstage Fort's eingeweiht werden soll. Die Feier verspricht eine erhebende zu werden, da sämtliche hiesige Gewerkschaften ihre Theilnahme zugesagt haben. Bülh. Eberhardt, Hamburg, 6. Mai. St. Pauli Augustenpassage 18 III.

Der Congreß der Schmiede Deutschlands

findet vom 20.—22. Mai in Leipzig statt. Wir fordern alle Schmiede Deutschlands auf, denselben durch Abgeordnete ihres Ortes zu beistehen. Die heutige Lage der Schmiede Deutschlands ist eine höchst gedrückte und wird durch Arbeitslosigkeit immer schärfer. Die Schmiede Deutschlands müssen sich aufraffen, wenn sie nicht ganz und gar in Knechtschaft untergehen wollen. Vor der Mitte dieses Monats findet in Berlin ein Congreß der Schmiedemeister Deutschlands statt und die Bestrebungen dieser Herren wird jeder Schmiedegeselle zu würdigen verstehen.

Der Congreß soll die Mittel und Wege beraten, durch welche eine Besserung dieser elenden Verhältnisse ermöglicht werden kann; zu diesem Zweck werden dem Congreß folgende Gegenstände zur Besprechung vorgelegt: 1. Gründung eines deutschen Schmiedebundes; 2. Veranlassung über die Einführung gleichmäßiger Agitation; 3. Veranlassung über die Einführung gleichmäßiger Arbeitszeit; 4. Veranlassung über Kranken- und Sterbefällen Angelegenheiten.

Diese Punkte sollen genau besprochen und darüber Beschluß gefaßt werden. Alle Parteigenossen werden aufgefordert, diese Befehlsnachricht möglichst weit zu verbreiten und nach Kräften für die Besichtigung des Congresses zu wirken.

Wir haben schon zu wiederholten Malen in unserem Organ (im „Ambos“) Aufrufe erlassen. Auch die „Berliner Freie Presse“ hat auf unsern Congreß aufmerksam gemacht; wir nehmen aber hier nochmals Gelegenheit, alle Parteigenossen auf den Congreß aufmerksam zu machen und fordern wir alle Schmiedegesellen auf, ihre Pflicht zu thun. Auf nach Leipzig!

Orte, welche Delegation zum Congreß senden, haben dieselben bei Hrn. Heinrich, Leipzig Nordstraße 19 I., anzumelden.

Mit brüderlichem Gruß
Der Vorstand des Vereins der Berliner Schmiedegesellen:
E. Dabner, H. Scharrow.

Die Neuwahl im 6. Berliner Wahlkreis ist auf den 17. d. anberaumt.

Briefkasten

der Redaktion. E. B. in Altona: Wird gesehen.
Luitung. Hrsg hier Ab. 1,25. Mr. Froburg Ab. 2,20. Schr. 1,32. Sch. Schönefeld Ab. 1,80. Kann hier Ab. 1,80. Expedition der „Tagewacht“ Zürich Ab. 200,00. Ruf Frankfurt Ab. 10,00. Mainz Düsseldorf Ab. 11,40. Wrgs Wien Schr. 8,71. Hrbg Würzburg Ab. 20,00. Expedition der „Fodet“ hier Ab. 23,17 u. 46,00. Ulrich hier Ab. 3,09. Jacobus Connewitz Ann. 1,50. Hymmsch Dresden Ab. 1,30. Sältr Dresden Schr. 12,00. Graften Lindenau Schr. 2,80. Ab. 1,80. Mr. Schalkmühle Schr. 5,75. H. Schmidt Hannover. Ab. 100,00. Schit Frohman Ab. 9,14. Rpp Rottweil Schr. 2,20. Hf Baden-Baden Schr. 8,30.

Meine Adresse ist jetzt: Joseph Hauptmann, bei Ernst Keil, Reunwid. Dies den Fürther Parteigenossen zur Mittheilung.

Montag, den 7. ds. Mts., hat unser Genosse Köddiger seine zweimonatliche Haft angetreten. Briefe sind an Frau Köddiger, Restauration, Gr. Wallstraße 24, Halle, zu richten.

Agitationsfonds.

Durch J. A. Reichlein S. Francisco M. 196,52.

Annoucen für die Mittwoch-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag-Nummer bis Mittwoch Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoucen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.
Die Expedition des „Vorwärts“.

Bielefeld. Donnerstag, den 10. Mai, Nachmittags 6 Uhr, bei Kahl, an der Haager-Strasse.

Allgemeine Sozialisten-Versammlung.

Tagesordnung: Berathung über a. Beschickung des Sozialisten-Congresses und event. Wahl des Delegirten; b. Anträge zum Congreß. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. (S. 45) 180
Der Einberufer.

Bielefeld. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Sonntags, den 12. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal bei Kahl:
Berammlung.
Tagesordnung: Vortrag des Hrn. Bruno: Dem Andenken Johann Jacoby's. Um zahlreiche Theilnahme ersucht. (S. 43) 180
Der Vorstand.

Hannover. Den Parteigenossen die vorläufige Anzeige, daß am 1. Pfingsttage ein Familien-Fest

in den Sälen des Hrn. Marten stattfinden wird. (S. 163) Die Fest-Commission.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein.

Im Laufe dieser Woche beginnen neue Unterrichts-Curse: in der einfachen Buchführung: Dienstag Abends 9 Uhr; in der deutschen Sprache: Freitag Abends 8 Uhr, im Schönfeldreiden: 9 Uhr; in Stenographie (Gabelsberg): Sonnabend 8 Uhr; außerdem im Rechnen 3 Curse für Anfänger und Fortgeschrittene; Montag, den 14. ds. Mts., 8 und 9 Uhr; in der doppelten Buchführung: Dienstag, den 15. ds., Abends 8 Uhr. — Dem Unterricht in Gesang, Turnen, Zeichnen (technisch und Freihandzeichnen), in Stylstil und Redekunst, der stenographischen Section (Fortbildungscursus), sowie dem declamatorischen Club kann stets beigetreten werden.

Beitrag monatlich 60 Pf. Aufnahme jeden Abend von 8 1/2 Uhr an im Vereinslokal, Ritterstraße 43 II.
Die Besinnungsgenossen werden ersucht, für den Verein fleißig zu agitieren, um denselben neue Mitglieder zuzuführen. (S. 160)
Der Vorstand.

Leipzig. „Lohnhülle“.

Wittwoch, den 9. Mai, Abends 8 Uhr, in der Tagesordnung: Die Gewerbevereinsvereine (Arbeiter-Ausgesez), Referenten W. Hasenclever und J. Kotteler. (S. 90) Der Einberufer.

Osnabrück. Donnerstags, den 10. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Hrn. Hillebrand, Altemänge 21: Öffentliche Arbeiter-Versammlung.

Tagesordnung: 1) Berathung der Anträge zum Congreß. 2) Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht. (S. 170) F. Krowiars.

Ottensen. Mittwoch, den 9. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, im Burmeister's Salon, 1 Treppe: Volksversammlung.

Fortsetzung der Tagesordnung von letzter Versammlung. (S. 160) F. Heerhold.

Adressänderung.

Da Herr J. Franz aus der Volksbuchhandlung des Schweiz. Arbeiterbundes ausgetreten und eine eigene Buchhandlung begründet hat, so wolle man alle Sendungen an uns einfach: Volksbuchhandlung, Zürich oder noch besser: Volksbuchhandlung, Zeltweg-Höttingen mit Hinweisung des Namens J. Franz adressiren.

Wird der Name J. Franz noch neben demjenigen der Volksbuchhandlung auf die Adresse gesetzt, so werden die Sendungen gewöhnlich in der Buchhandlung des Herrn J. Franz abgegeben, was zu Verzögerungen und Verwirrungen Anlaß giebt. Also nochmals: adressire man einfach: Volksbuchhandlung ohne Beifügung des Namens J. Franz. (S. 26)

Responsible Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig. Redaktion und Expedition: Friedrichstr. 19/II. in Leipzig. Druck und Verlag der „Vorwärts“-Buchdruckerei in Leipzig.